

# Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

**Erscheint**  
wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G. M. frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Wort und Bild“.  
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 M.  
Telegraphen-Adresse: Zeitung.  
Fernsprecher 27



**Anzeigen**  
werden die sechsgespaltene 3 mm hohe (Netto-)Zeile oder deren Raum mit 15 Pf. berechnet; auswärts 20 Pf. Bei Wiederholung entsprechender Abat. Kellern kosten pro Zeile 10 Pf. Verbindlichkeit für Wab. Datenverzeichnis und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen an Postkonten Frankfurt a. Main Nr. 20771.  
Annahmehgebühr für Offerten und Auskunft beträgt 15 Pf. Zeitungsbeilagen werden billigt berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 68. Donnerstag, den 10. Juni 1926. 19. Jahrgang.

Wie dem Geiste nichts zu groß ist,  
so ist der Güte nichts zu klein.

## Die Saarfrage in Genf.

Seit Bestehen des Völkerverbundes hat sich der Völkerverbund fast auf jeder Ratstagung mit dem Saargebiet befaßt. Bekanntlich auf Grund des Versailler Vertrages durch eine den Völkerverbund vertretende Regierungskommission verwaltet wird. In der Spitze dieser Regierungskommission stand bis vor kurzem der Franzose Kault, dessen ganze Politik darauf hinauslief, durch rücksichtslose Unterdrückung des deutschen in der verträglich vorgesehene Volksabstimmung über das endgültige Schicksal des Saargebietes schon jetzt in französischem Sinne zu beeinflussen und durch „friedliche Durchbringung“ des Landes seine Angliederung an Frankreich vorzubereiten. Die Saarbevölkerung ist diesen Maßnahmen sofort und mit entschiedenem Einmütigkeit entgegengetreten und hat immer wieder beim Völkerverbund über die Vergeßlichkeit der Saardeutschen durch die vollkommen unter französischen Einfluß stehende Regierungskommission Klage geführt. Auch auf der gegenwärtigen Tagung kamen wiederum Beschwerden des Saargebietes zur Verhandlung, und zwar richteten sich diese diesmal besonders gegen die französische Besatzung, die sich trotz aller Proteste der Saarbevölkerung auch heute noch in Stärke von zwei Bataillonen im Saargebiet befindet.

Allerdings hat sich diesmal die Lage etwas verändert. Während früher die Regierungskommission keine geschlossenen gegen eine Zurückziehung der französischen Besatzungstruppen Stellung nahm, bestehen jetzt innerhalb der Regierungskommission des Saargebietes ernsthafte Meinungsverschiedenheiten über diese Frage. Der jetzige Präsident der Regierungskommission, der holländische Strophens, ist übereinstimmend mit dem holländischen Mitglied Hofmann der Auffassung, daß ein längerer Aufenthalt französischer Militärs im Saargebiet weder mit dem Geist noch mit den schriftlichen Festlegungen des Versailler Vertrags vereinbar ist, und daß die Unterbringung von Truppen zum Schutz lediglich des ungehörten Eisenbahnverkehrs zwischen dem Rheinland und Frankreich durchaus dem Friedensvertrag widerspreche. Abgesehen davon, siehe diese Verweigerung in Widerspruch mit der Auffassung der Regierungskommission, die am 28. Januar im Völkerverbundrat gefaßt worden ist. Stephens hat also offenbar, so gut wie jeder, der die Kräfte der Franzosen kennt, die französischen Absichten durchschaut und ist entschlossen, mit aller Energie dagegen zu arbeiten.

Diesmal liegen also dem Völkerverbundrat über die Frage der Sicherung des Truppenabzugsverkehrs durch das Saargebiet verschiedene Denkschriften vor. Es handelt sich um nicht weniger als drei. Die erste ist von dem französischen, belgischen und holländischen Mitglied der Saarregerung verfaßt. Der Franzose, der dabei das Wort führt, ist ein Neffe des bisherigen Saarpäsidenten Kault. Man kann sich also vorstellen, was seine Denkschrift besagt. Es wird nämlich darin behauptet, daß zum Schutz der Eisenbahnen unbedingt die Anwesenheit zweier französischer Bataillone erforderlich sei. Die zweite Denkschrift enthält den oben angeführten Standpunkt Stephens. Er erklärt darin kategorisch, es liege keine rechtliche Verpflichtung für ein weiteres Verbleiben der Truppen vor. Sollte jedoch der Völkerverbundrat die Anwesenheit der französischen Truppen zum Schutz der Bahnhöfen trotzdem für notwendig erachten, dann würde die Unterbringung solcher Bataillone in den französischen Grenzgebieten völlig genügen. Die letzte Denkschrift stammt von dem auch oben erwähnten holländischen Regierungsmittglied Hofmann. Sie stellt fest, daß die letzte Anwesenheit der französischen Truppen lediglich geduldet sei zum Schutz der Bahnen im Falle eines Generalstreiks. Wenn kein anderer Grund vorliegt als dieser, so sei er hinlänglich, weil man ja antizipiert, daß Generalstreiks in England die Erfahrung haben machen können, daß ein militärischer Schutz der Eisenbahnen während eines solchen Ausstandes gar nicht in Frage kommen könne.

Der heutige Tag soll nun die Entscheidung bringen. Die Saardelegation ist mit Geheimrat Köhling in Genf eingetroffen und hofft auf Erledigung der Frage. Ob allerdings dem Völkerverbundrat jenseitige Energie zugebracht werden darf, ist doch recht fraglich.

Wahrscheinlich verfolgt man auch hier wieder die Taktik, die man in heißen Fragen bisher stets eingeschlagen hat: Man vertagt die Frage und setzt eine Untersuchungskommission ein! So scheint es tatsächlich zu kommen, denn schon verlautet in der „Kölnischen Zeitung“, daß man in Völkerverbundteilen an eine Vertagung denke. Nachdem von den fünf Mitgliedern der Regierungskommission zwei, darunter der Präsident, sich gegen den Vorschlag der Verweigerung von zwei Bataillonen im Saargebiet ausgesprochen hatte, könne der Völkerverbundrat nicht ohne eine vorherige Untersuchung entscheiden. Man nimmt an, daß der Völkerverbundrat die Regierungskommission erlauben wird, die Angelegenheit nochmals durch Sachverständige prüfen zu lassen.

## Um den Hindenburgbrief.

Kommunistisches Mißtrauen gegen Marx.  
Die Kommunisten haben im Reichstag eine Interpellation wegen des Hindenburg-Briefes eingebracht, der angeblich die Antikindung eines Staatsstreiches enthalte. Der Regierung wird zum Vorwurf gemacht, daß sie dagegen nicht eingeschritten sei. Die Regierung habe bereits unter Luther auf Verlangen Hindenburgs in der Duellfrage und bei der Flagenverordnung verfassungswidrig gehandelt und müsse sich vor dem Reichstage verantworten. Außerdem wird die kommunistische Reichstagsfraktion einen begründeten Mißtrauensantrag gegen die Regierung Marx einbringen, der bei der Beratung über das neue Fürstentumspromiss am Donnerstag dieser Woche mit zur Verhandlung im Reichstage stehen wird. Bei der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion besteht nicht die Absicht, wegen Veröffentlichung dieses Briefes eine Interpellation einzubringen.

Der Brief Hindenburgs an Loebell, in dem der Reichspräsident seine Auffassung über die Fürstentumseignung darlegt, ist bekanntlich von Empfängern von Loebell veröffentlicht worden und hat natürlich großes Aufsehen erregt. Anfänglich wußte man nicht, was man damit beginnen sollte, da es sich, wie vom Reichskabinet betont wurde, um eine private Äußerung handelt. Nun hat der Reichspräsident nach seiner Rückkehr nach Berlin selbst erklärt, daß er völlig für sein Schreiben einstehe und daß er auch nichts gegen die Veröffentlichung einzuwenden habe. Der Brief wird also, wie ja schon aus der kommunistischen Interpellation hervorgeht, die Grundlage zu unliebsamen Erörterungen im Reichstage werden.

### Ist der Volksentscheid entscheidend?

Die Zentrumsfraktion befaßt sich mit der Frage des kommenden Volksentscheides, wobei der Hoffnung Ausdruck gegeben wurde, daß der Gesetzentwurf, den die Regierung Marx zur Fürstentumabfindung vorlegen wird, und der sich im wesentlichen auf die früheren Beschlüsse des Rechtsausschusses des Reichstages stützt, möglichst bald dem Rechtsausschuß überreicht werde, damit seine Erledigung im Plenum schon vor dem 20. Juni stattfinden kann. Die Zentrumsfraktion spricht es mit allem Nachdruck aus, daß auch im Falle einer Ablehnung des Volksentscheides diese Gelegenheit noch nicht beendet sein darf und wird. Das Zentrum wird sich vielmehr von seinem Bestreben, die ganze Frage endgültig zur Lösung zu bringen, nicht abbringen lassen, selbst dann nicht, wenn die Volkspartei abbringen sollte. Sollte es dahin kommen, daß der Volksentscheid nicht die erforderliche Stimmenmehrheit bringt, dann wird noch immer die Möglichkeit bestehen, mit einfacher Mehrheit im Reichstage ein Gesetz zustandzubringen, das einem zweiten Volksentscheid unterworfen werden könnte, und das dann sicherlich eine genügende Mehrheit finden würde. Notwendig sei es schon heute, darauf hinzuweisen, daß das Zentrum unter allen Umständen eine endgültige Lösung der Frage und damit eine Beruhigung unseres Volkes anstreben wird.

## Péret auf der Rippe.

Kabinettsrat in Paris.  
Der französische Ministerpräsident Briand trat von Genf wieder in Paris ein, worauf sofort ein Ministerrat einberufen wurde. Finanzminister Péret gab einen „Überblick“ über die Finanzlage. Dabei wurde die Frage erörtert, ob die Regierung bleiben soll oder nicht.  
Ueber die schwerwiegenden Entscheidungen, die getroffen worden sind, ist noch nichts bekannt. Jedenfalls hatte man sich schon mit dem Gedanken vertraut

gemacht, ein Kabinettsrat der nationalen Einigung am Ende zu sehen mit Paul-Boncour, Serriot und Poincaré. Péret hatte man in Gedanken schon durch Monzie ersetzt. Mit Péret, dem Finanzminister ist die Sache jedenfalls sehr brenzlich geworden. Viele Berufsstände haben gegen die Sparmaßnahmen energischen Protest erhoben. Die „Liga für Menschenrechte“ plant in einer Entschlossenheit, daß vor allem in der Verwaltung der Rheinlandtruppen endlich die nötige Sparsamkeit eintrete.

## Politische Rundschau.

Berlin, den 10. Juni 1926.  
Der Hauptgeschäftsführer der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Weß, hatte sich in einem Strafverfahren vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wegen Verleumdung des sozialdemokratischen Landrats Guste-Merzburg zu verantworten. Das Urteil lautete auf 1000 Mark Geldstrafe.  
In der Plenarsitzung des bayerischen Landtages wurde die Abänderung der bayerischen Verfassung abgelehnt.

Der Fall Lessing in Hannover. Der Ausschuss der Studentenschaft der Technischen Hochschule hat seine Beratungen fortgesetzt, doch wird eine Erklärung erst heute erfolgen. In der Frage der Abwanderung haben die Verhandlungen ergeben, daß Braunschweig 300 und Charlottenburg 250 Studenten aufnehmen könnte. In der Hochschule ist vollkommene Ruhe, da die Studenten nicht erscheinen. Heute sollen die Vorlesungen wieder besucht werden. Falls Professor Lessing am kommenden Montag wieder eine Vorlesung hält, soll kein Student die Hochschule betreten. -- Im Preussischen Landtag ist folgender Antrag der Deutschen Volkspartei zum Fall Lessing eingegangen: „Das Staatsministerium wird ersucht, an der Technischen Hochschule Hannover mit möglichst beschleunigter einer Beihilfe für Philosophie zu erteilen und mit einer hervorragenden geeigneten Persönlichkeit zu besetzen.“ -- Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat ferner folgende Anfrage eingebracht: „Die Art und Weise, in der der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung im vorigen Jahre den Fall Lessing an der Technischen Hochschule Hannover behandelt hat, ist nicht nur von der Studentenschaft mit Recht als eine Halbheit und als eine völlig unzureichende Sühne der schweren, eines Hochschullehrers schlechterdings unmwürdigen Entgleisungen des Professors Lessing empfunden worden. Was gedenkt das Staatsministerium zu tun, um die Technische Hochschule Hannover dauernd zu befreien und um die ganze deutsche Studentenschaft und alle deutschen Hochschulen vor gefährlichen Erschütterungen zu bewahren?“

## Rundschau im Auslande.

Der polnische Ministerpräsident Bartel hat das Kabinettsrat gebildet. Nur das Handels- und Finanzministerium ist neu besetzt worden.  
Am 4. November vorigen Jahres wurde bekanntlich der sozialistische Abgeordnete Janinski in Rom verhaftet, als er auf Mussolinis Verlangen wollte. Der Prozeß soll jetzt beginnen.  
Die Zahl der britischen Arbeitslosen ist um 16.521 auf 1.614.200 gestiegen.  
Im Streit Lord Asquith gegen Lloyd George siegte letzterer, indem er erneut zum Vorsitzenden der Liberalen gewählt wurde.

### Französisch-italienische Stützungsmaßnahmen.

Briand und Loucheur hatten mit Vandervelde und Tenuis Unterredungen über eine gemeinsame französisch-belgische Aktion zur Stützung der Frankensicherung. Auch Italien soll eventuell dazu herangezogen werden. Tenuis begab sich nach Paris, um sofort mit den diesbezüglichen Dienstlichen Verbindung aufzunehmen. Die Stellung des französischen Finanzministers Péret gilt als schwer erkrankt. Man spricht sogar von seinem bevorstehenden Rücktritt, wodurch das ganze Kabinettsrat in Gefahr wäre. Péret hat diese Gerüchte im Abrede gestellt. Die Wähler stellen fest, daß Péret keine Erfolge mit seinen Maßnahmen hat, daß aber der fortwährende Wechsel in der Besetzung der Finanzministerstelle im Auslande einen schlechten Eindruck machen müsse. -- Aus Brüssel kommt nun allerdings die Nachricht, daß eine solche gemeinsame Stützungsaktion nicht geplant sei. Es bleibt also abzuwarten, was davon zu halten ist.

### Die englische Kohlenkrise.

Die neuen Verhandlungen zwischen Grubenbesitzern und Bergarbeiter in London sind wieder erfolglos abgebrochen worden. Die Lage hat sich also in nichts geändert. Es besteht auch keine Hoffnung, den Streik in Bälde zu beenden.





Am Effektenmarkt fortwauernde Unruhe. Gegen Ende der Woche leichte Kursrückgänge. Bedeutsam einzelne Spezialitäten waren rege gefragt.

Am Produktmarkt war das Geschäft wenig lebhaft. Nordamerika hatte Preissteigerungen gemeldet, auf England zeigte Neigung für Festigkeit. Hier zeigen sich vornehmlich die Abnehmer für Weizenmehl und Mehl als Bedrückung auf Abschlüsse nach dem Ausland vorliegen. Das Angebot von feinem Hafer blieb klein, die Nachfrage etwas lebhaft, dagegen fanden Mais und Gerste kaum Beachtung. Allfünfterteile wurden sehr vorzüglich am unmittelbaren Verbrauch erworben. Devisen vernachlässigt.

**Warenmärkte.**

**Mittwochswoche. (Amtlich.)** Getreide und Devisen der 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen Markt. (am 8. 6.) Roggen Markt. 177-181 (175-180). Sommergerste 187-200 (187-200). Inländische Futtergerste 173-186 (171-184). Hafer Markt. 195-206 (194-205). Mais loco Berlin. (—). Weizenmehl 37-39,25 (37-39,25). Diagonalmehl 25,25 bis 26,50 (25,25-26,50). Weizenkleie 9,50-9,75 (9,50-9,75). Roggenkleie 11,30-11,40 (11,30-11,40). Kaffee. (—). Weizenmehl. (—). Viktoriarösten 36-46 (36-46). Kleine Speisgersten 26,50-32,50 (26,50-32,50). Futtererbsen 22-27 (22-27). Bohnen 22,50-27,50 (22,50 bis 27,50). Lupinendohren 23-26 (23-26). Wicken 32-35 (32-35). Aupinen blaue 13-15 (13-15), gelbe 17,50 bis 19,50 (17,50-19,50). Geradella. (—). Rapstuchen 13,70-13,90 (13,70-13,90). Leintuchen 17,60-17,80 (17,60-17,80). Trockenfischel 9,90-10,30 (9,90-10,30). Sojabohnen 19,50-19,80 (19,30-19,60). Torfmelasse 30-70 (—). Kartoffelflecken 20,20-20,60 (20-20,30).

**Schlachtviehmarkt.**

(Amtlich.) Auftrieb: 1250 Rinder (darunter 334 Bullen, 182 Ochsen, 734 Kühe und Färken), 2332 Kälber, 7070 Schafe, 8219 Schweine, 13 Ziegen, 321 ausländische Schweine. — Preise für 1 Pfund Lebendgewicht in Reichspfennigen:

<b>Kühe:</b>	9. 6.	5. 6.
1. vollfleischige, ausgewähtete	57-61	57-61
2. volll., ausgew., von 4-7 Jahren	52-55	52-55
3. junge, fleischige, nicht ausgewähtete	46-50	46-50
4. mäßig genährte jung. u. gut gen. ält.	40-45	40-45
<b>Kälber:</b>		
1. vollfleischige, ausgewähtete	53-56	53-56
2. volll., ausgewähtete jüngere	50-52	50-52
3. mäßig genährte jung. u. gut gen. ält.	45-48	45-48
<b>Färken (Kälber) und Lämmer:</b>		
1. vollfleischige, ausgewähtete Färken	54-59	54-59
2. vollfleischige, ausgewähtete Lämmer	43-49	43-49
3. ältere ausgewähtete Lämmer	32-38	32-38

a. mäßig genährte junge und Färken  
 b. gering genährte Kühe und Färken  
 c. wenig genährte Jungvieh (Kreiser):

**Kälber:**

1. Doppeltender feinsten M. II	66-71	68-72
2. feinste Mastkälber	55-65	55-65
3. mittlere Mast- und beste Saugkälber	48-52	48-52
4. geringe Mast- und gute Saugkälber	40-45	42-46
5. geringe Saugkälber	—	—

**Schafe:**

1. Dallmälämmer und jung. Hammel	55-60	58-63
2. ält. Hammel u. gut gen. jung. Schafe	43-52	45-55
3. mäßig gen. Hamm. u. Schafe (Wergsch.)	30-40	32-41

**Schweine:**

1. fetter über 3 Zentner Lebendgewicht	—	76
2. vollfleischige von 240-300 Pfund	76-77	75-76
3. vollfleischige von 200-240 Pfund	74-75	73-74
4. vollfleischige von 160-200 Pfund	72-73	70-72
5. vollfleischige von 120-160 Pfund	—	—
1. unter 120 Pfund	69-71	68-71

**Ziegen:**

Martiverlauf: Rinder und Schweine ziemlich glatt. Kälber und Schafe ruhig. Doppeltender und schwere Kälber schwer veräußlich.	20-25	20-25
---	-------	-------

Die notierten Preise verstehen sich einschließlich Fracht, Gewichteverlust, Mist, Marktspesen und zulässigen Händlergewinn.

**Wagerviehmarkt Berlin-Friedrichsfelde.**

(Amtlicher Bericht vom 9. Juni.)

Auftrieb: 394 Schweine, 399 Ferkel. Es wurden gezählt im Engrosmarkt für das Stück:

**Küferkälber:** 6-8 Monate alt 85-105, 4-6 Monate alt 65-85 Mark.

**Ferkel:** 3-4 Monate alt 46-65 Mark.

**Ferkel:** 8-12 Wochen alt 40-46, 6-8 Wochen alt 35-40 Mark.

Marktverlauf: Ruhiges Geschäft bei unveränderlichen Preisen.

**Rechtsfragen.**

**Abstimmungen im Preussischen Landtag.**

— Berlin, den 8. Juni 1926.

Das Haus lehnte die 2. Beratung des Justizhaushalts (s. Art. 10) ab. (Ziffer 10.) meinte, es wäre nicht richtig, Spezialfälle zu erwähnen, um sie parteipolitisch auszunutzen, wie dies seitens der Sozialdemokraten geschehen sei. Der Redner besprach dann die einzelnen Anträge zum Etat. Die veripohrene Abänderung des Gerichtskostenge-  
 ldes müsse nun endlich kommen, da die Kosten allmählich unerträglich würden.

Die weiterveratung wurde dann durch die A. B. mung e n unterbrochen. Zunächst wurde ein Antrag der Deutschen Volkspartei, der Sozialdemokraten und desentrums zur Entscheidung gestellt, der zur Vorlage der Beilegung von Mitgliedern des Reichsrats durch die Beilegung der Reichsratsmitglieder durch ein vom Reichsratsmitgliedern zu bestimmendes Mitglied in den Vollzügen des Reichsrats vorseht, wenn in Vorbereitung nicht mehr als zehn Provinzialparlamente in der Minderheit bleiben, oder wenn die namentliche Abstimmung über diesen Antrag nicht mehr als 2/3 Stimmen abgibt. Das Haus war somit beilegung unfähig. In einer auf sofort einberufenen neuen Sitzung stand die Reichsratsvorlage nicht mehr auf der Tagesordnung. Das Haus nahm die Abstimmungen zur weiterveratung der

**Haarzinsteuer**

vor. Dabei wurde in namentlicher Abstimmung ein beratung nationaler Antrag, wonach die Steuer nicht 1000 sondern 500 Prozent der Grundvermögensteuer betragen soll, mit 185 gegen 185 Stimmen abgelehnt. Auch sonst wurden die beidseitigen Abstimmungen und kommunikativen Abänderungen abgelehnt, das Gesetz fand in zweiter Lesung nach den beidseitigen Abstimmungen die Zustimmung des Hauses.

Es folgten die Abstimmungen zur zweiten Lesung des Haushalts des Finanzministeriums. Die einzelnen Kapitel und Positionen wurden nach dem Beschluß des Hauptausschusses angenommen, dazu eine Reihe von Beilegungsvorschlägen. Es schloßen sich an die Abstimmungen zum Hausball der

**Seehandlung.**

In namentlicher Abstimmung wurde der Antrag der Sozialdemokraten, der von den Deutschnationalen unterstützt wurde, und eine Anweisung an die Seehandlung forderte, was dem 1. April 1914 zugewanderten Pflichten ledigen den zu verlangen, gegen die Rechte abgelehnt. Abschließend wurde ein sozialdemokratischer Antrag, die Leitungsstellen für die Beamten, Anstellten und Arbeiter der Seehandlung unter Aufsichtung an die Reichsbank auf 25 Prozent herabzusetzen. — Damit war die zweite Beratung auch des Haushalts der Seehandlung erledigt.

Das Haus lehnte die unterbrochene Aussprache zum Justizhaushalt ab. Staatssekretär Fröhe meinte, dass die Heraushebung der Altersgrenze der Richter würde bedeuten, daß eine Stagnation in der gesamten Weidberufung eintreten.

Abg. Haage-Viegnig (B. Vg.) erkannte an, daß die technische Ausgestaltung der Justizverwaltung seit dem letzten Jahre große Fortschritte gemacht habe, und trug dementsprechend besonders der Obersekretäre vor. Dann wurde die Weiterberatung unterbrochen.

Das Haus vertagte sich sodann auf Mittwoch.

**Todesanzeige.**

Heute vormittag 4 1/2 Uhr entschlief sanft in dem Herrn, nach kurzer Krankheit, unser lieber Vater, Schwiegervater und Großvater

**Martin Schönwald**

im Alter von 68 Jahren.

Dies zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme an:

**Fritz Gelbmacher u. Frau**  
 Erbsen geb. Schönwald

**Wilhelm Reich u. Frau**  
 Elise geb. Schönwald

**Adam Schönwald und Frau**  
 Käthe geb. Guthermit

**Heinrich Schönwald und Frau**  
 Gertrud geb. Janning

**Max Munzer und Frau**  
 Anna geb. Schönwald.

und 9 Enk.kinder

Spangenberg, Cassel, den 10. Juni 1926.

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 12. ds. Mts. nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause, Märshausen statt.

**Kopfsalat**

**junge Karotten**

empfeht

**Gärtnerei Liebenbach.**



**Henko**

macht hartes Wasser weich!

hartes Wasser verleiht das Waschen hartes Wasser hemmt Wassereinwirkung u. Schaumbildung - hartes Wasser verunreinigt die lästigen Wasserreste - Seifen vor Benutzung der Waage einige Handvoll Henko Bleich-Soda in den Waschkessel, dann haben Sie das schönste weiche Wasser.

nung zum Schutz der Salweide usw. vom 10.5.24 (Amtsblatt Seite 126) wie folgt geändert:

**Artikel I.**

Ziffer 4 des § 2 erhält folgende Fassung: Gärtnereien und andere Nutzungsberechtigte, die den Nachweis erbringen, daß die Weidenflächen in erheblichem Umfange selbst züchten, ist von der zuständigen Ortspolizeibehörde auf Grund eines auszustellenden Ausweises der Verkauf der von ihnen gezüchteten Zweige zu gestatten. Die Berechtigung zum Wiederverkauf solcher Zweige durch Blumenhandlungen ist an den Nachweis geknüpft, daß die in einer Gärtnerei gezüchtet sind, welche die polizeiliche Erlaubnis hierzu besitzt.

**Artikel II.**

Dem § 2 wird unter Ziffer 5 folgender Absatz hinzugefügt: Das Verbot der Entfernung der Salweide (Ziffer 1) findet auf die Nutzungsberechtigten keine Anwendung, wenn die Entfernung sich zur Förderung der Kulturen als notwendig erweist.

Spangenberg, den 7. 6. 26.

**Die Polizeiverwaltung, Spangenberg.**

**Einholung von Bauerlaubnissen.**

Es wird daran erinnert, daß vor Einholung der polizeilichen Erlaubnis - Baugenehmigung - durch den Bauherrn Landrat nicht mit einer baulichen Herstellung (Neubau oder Veränderung) begonnen werden darf. Zuwiderhandlungen werden empfindlich bestraft. Außerdem läuft der Bauherr Gefahr, daß die Polizeibehörde das begonnene Bauwerk beseitigt und den früheren Zustand wieder herstellt.

Spangenberg, den 7. 6. 26.

**Die Polizeiverwaltung, Spangenberg.**

**Abbruch von Gebäuden**

§ 34 der Baupolizeiverordnung vom 2. 9. 25 (Amtsblatt S. 216) lautet:

Zum Abbruch von Gebäuden bedarf es außer dem sonstigen Vorschriften vorgeschriebenen Genehmigungsabdruck (Ziffer 1) zur Erwirkung dieser Erlaubnis ist ein Abbruchunternehmer spätestens eine Woche vor dem Abbruch schriftliche Anzeige bei der Ortspolizeibehörde zu machen. Diese Anzeige muß enthalten:

1. die genaue Bezeichnung des Gebäudes.
2. die Angabe ob darin a) eine Fachwerkkonstruktion, b) mit Eisen bewehrte Bauteile aus Stein oder Beton vorhanden sind.
3. Name, Stand und Wohnung des Abbruchunternehmers.

Vor Verhandlung des Abbruchscheins darf mit dem Abbruch nicht begonnen werden.

**Die Polizeiverwaltung, Spangenberg.**

**Turnverein "Froher Mut"**

Sonnabend, den 12. Juni, abends 9 Uhr

**Familienabend**

mit Vorführung unserer jungen Turner und Turnerinnen. Um 11 Uhr findet eine

**Kaffeepause**

statt. Es ladet freundlichst ein

**Der Vorstand.**

Nur Mitglieder u. geladene Gäste haben Zutritt.

**Junges tüchtiges Mädchen**

sucht für sofort oder später. Stellung in besserem Haushalt. Zu erfragen in der Expedition d. Zeitung.

**Gemischter Chor**

Donnerstag abend

**Gesangsstunde**

Der Vorstand.

**Zink der Salweide.**

Der Herr Regierungspräsident hat unterm 30. 5. 26 -A. III 6823 - (Amtsbl. Seite 134) die Polizeiverord-

**ATA**

**Henkel's Schererpulver**

Mit Ata kannst du alle Sachen Blitzblank und appetitlich machen